

## "Die heutigen Probleme der Kohle- und Stahlindustrien" in Le Populaire (10. Dezember 1951)

**Legende:** In einem Artikel vom 10. Dezember 1951 behandelt die französische Tageszeitung Le Populaire die Probleme des Marktes für Kohle, Eisen und Stahl in Europa Anfang der fünfziger Jahre.

**Quelle:** Le Populaire. dir. de publ. Naegelen, René. 10.12.1951, n° 8 619; 30e année. Paris: Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO). "Problèmes d'aujourd'hui dans les industries du charbon et de l'acier", auteur:Philip, André , p. 1; 4.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/die\\_heutigen\\_probleme\\_der\\_kohle\\_und\\_stahlindustrien\\_in\\_le\\_populaire\\_10\\_dezember\\_1951-de-bba8deb9-6def-4568-bccf-a2119a0c74ee.html](http://www.cvce.eu/obj/die_heutigen_probleme_der_kohle_und_stahlindustrien_in_le_populaire_10_dezember_1951-de-bba8deb9-6def-4568-bccf-a2119a0c74ee.html)



**Publication date:** 06/07/2016

## Die heutigen Probleme der Kohle- und Stahlindustrien

Im Laufe der Debatten um den Schuman-Plan kann man eine merkwürdige Tatsache beobachten. Die Mehrzahl der Kritiker des Plans werfen ihm nicht das vor, was er zu tun ermöglicht, sondern das, was er nicht möglich macht. Anders gesagt, man bedauert, dass die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl allein keine sofortige Wunderlösung für eine gewisse Reihe von derzeit unabhängig vom Schuman-Plan bestehenden Problemen mit sich bringt. Das erinnert mich an eine Propagandasitzung zur Zeit der Ratifizierungskampagne für die Verfassung, wo ein Wähler mir erklärte, er werde gegen die Verfassung stimmen, da sie keine Senkung des Weinpreises vorsehe. Auf diese Art Kritik möchte ich antworten, indem ich auf folgende Fragen eingehe:

- 1) Die Probleme, die sich heute in der Kohle- und Stahlindustrie stellen;
- 2) Was würde geschehen, wenn es den Schuman-Plan nicht gäbe?

Welche Probleme stellen sich also heute, die wir auf die eine oder andere Weise angehen müssen?

Wenn wir zunächst die Kohle betrachten, stellen wir fest, dass diese Industrie für die gesamte Gemeinschaft durch eine unveränderbare Produktion charakterisiert wird, der ein variabler Verbrauch gegenübersteht. Die Produktion der sechs Länder hat 1950-1951 220 Millionen Tonnen erreicht, gegenüber 244 Millionen vor dem Krieg. Was den Verbrauch angeht, so variiert dieser im Durchschnitt zwischen 66 % zu Zeiten einer Depression und 125 % zu Zeiten eines Aufschwungs. Er liegt somit immer entweder über oder unter der Produktion. In der Region Deutschland-Frankreich-Saarland, die vor dem Krieg 75 % des Gesamtverbrauchs darstellte, variierte dieser im Durchschnitt zwischen 78 % und 114 %. Dieser Unterschied von 36 % entsprach 50 Millionen Tonnen, also dem gesamten Verbrauchsvolumen aller anderen Länder der Gemeinschaft.

Die Konsequenz dieser Situation ist eine Instabilität der Kohleproduktion. Die verschiedenen Länder haben versucht, mit Hilfe innenpolitischer Mittel eine Lösung für dieses Problem zu finden: In Zeiten des Kohleüberschusses versuchen sie, mit Hilfe von Einfuhrkontingenten die Einfuhr aus dem Ausland zu verbieten, genau in dem Moment, da die Länder, die normalerweise exportieren, ganz im Gegenteil versuchen, den Export auszubauen. In Zeiten des Kohlemangels – wie heute – versuchen die Regierungen, die ausländischen Importe zu sichern. Das geschieht jedoch genau zu dem Zeitpunkt, da die exportierenden Länder sich bemühen, den größten Teil der hergestellten Kohle für sich zu behalten. Diese Dinge spielen sich sowohl zwischen Ländern der Gemeinschaft als auch innerhalb ihrer Beziehungen zu Drittstaaten ab. So ist es zu erklären, dass jeglicher Import amerikanischer Kohle gestoppt wird, sobald sich die Situation unserer Produktion verbessert. Nun sehen wir uns jetzt aber dazu gezwungen, auf die amerikanische Kohle zurückzugreifen. Diese Umstände führen zu Preisen, die durch die hohen Frachtkosten sehr stark ansteigen, außerdem ist die Qualität nicht immer die beste. Es ist völlig verständlich, dass die ausländischen Lieferanten, an die man sich wendet, ihre beste Qualität und ihre besten Preise regulären Kunden vorbehalten, die ihnen in guten und in schlechten Zeiten treu bleiben. Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Politiken führte zu einer Intensivierung der Verbrauchsschwankungen sowie zu einer immer stärkeren Reduzierung und Destabilisierung des Kohlemarktes.; denn je kleiner ein Markt ist, desto empfindlicher reagiert er auf die Preisschwankungen. Zuletzt haben sich ungewöhnliche Handelsströmungen entwickelt. So liefert Lothringen beispielsweise aufgrund der regional herrschenden Preise Kohle in die Bretagne, obgleich es für die Bretagne günstiger wäre, über den Wasserweg Kohle aus dem Ruhrgebiet zu erhalten. Auf der anderen Seite liefert das Ruhrgebiet Kohle nach Süddeutschland, das logischerweise ein natürliches Absatzgebiet Lothringens und des Saarlandes sein müsste.

Der Fall Frankreichs ist speziell. Unsere Kohleproduktion ist dauerhaft unzureichend, um unseren Bedarf zu decken. Man kann den voraussichtlichen Durchschnittsverbrauch der kommenden Jahre auf 70 Millionen Tonnen schätzen, während unsere Produktion 1951 nur 35 Millionen erreicht hat. Gegenüber 1938 stellt das bereits einen bedeutenden Fortschritt dar: Damals lag die Produktion bei 45 Millionen Tonnen, was einer Zunahme der Untertageleistung netto von 829 Kilogramm im Jahre 1938 auf 1 320 Kilogramm heute entspricht. Trotz der unglaublich großen Fortschritte, die Frankreich gemacht hat, bleibt das Land weiterhin von ausländischen Importen abhängig, um seinen Verbrauch zu decken.

Zurzeit legt die Internationale Ruhrbehörde die Mengen an deutscher Kohle fest, die exportiert werden dürfen. Der Europäische Kommission in Genf stellt im Anschluss die Aufteilung des ausführbaren Überschusses zwischen den unterschiedlichen Ländern sicher. Nun haben wir trotz besonders vorteilhafter Bedingungen der direkten Nachkriegszeit, und obwohl Deutschland den Alliierten unterstellt wurde, immer noch nicht die Kokslieferungen erhalten, die zum reibungslosen Funktionieren unserer Eisen- und Stahlindustrie notwendig sind. Noch in den vergangenen Monaten funktionierte sie nur zu 85 % ihrer Kapazität. Die deutsche Regierung hat außerdem eine Politik der doppelten Preise geführt, da sie die zum Export vorgesehene Kohle teurer verkaufte als die zum nationalen Verbrauch gelieferte. Dies geschah in der Zeit vor November 1950. Der Mehrpreis belief sich zunächst auf 350 Francs pro Tonne, dann ist er bis Mai 1951 um die Hälfte gefallen und ist seitdem auf bis zu 1 400 Francs pro Tonne gestiegen. Schließlich muss auch bemerkt werden, dass es bei den Transportkosten auf der Schiene ebenfalls zu Diskriminierungen gekommen ist. Die Transportkosten für Koks aus dem Ruhrgebiet nach Lothringen liegen höher als die Transportkosten der umgekehrten Lieferungen aus Lothringen in das Ruhrgebiet. Sie liegen sogar über den Tarifen der Transporte aus dem Ruhrgebiet in jegliche andere Richtung. Dieses Element stellt natürlich eine sehr schwere Last für die Selbstkostenpreise der französischen Eisen- und Stahlindustrie dar.

Die Eisen- und Stahlindustrie besitzt des Weiteren gewisse Charakteristika, die besondere Probleme aufwerfen:

- Die Eisen- und Stahlindustrie ist besonders anfällig für Konjunkturschwankungen. Angenommen, ein Industrieunternehmen amortisiert seine Gerätschaft innerhalb von zehn Jahren (was eine sehr optimistische Annahme ist). Jede Zunahme des Verbrauchs um 10 % würde zu einer Verdoppelung der Bestellungen von Geräten führen. Eine Abnahme des Verbrauchs um 10 % innerhalb eines Jahres würde hingegen zum vollständigen Stillstand der Bestellungen führen. Dieses hypothetische Beispiel zeigt, wie sich jegliche Schwankung in der Produktion und im Verbrauch der Produktionsgüter sich durch eine überproportionale Schwankung der Nachfrage nach Geräten im Allgemeinen und nach Stahl im Besonderen niederschlägt. Die Eisen- und Stahlindustrie ist also der Bereich, in dem sich die größten und heftigsten Preisschwankungen in Zeiten eines Aufschwungs oder einer Depression konzentriert haben.

- Bezeichnend für diese Industrie ist auch die besonders wichtige Rolle der allgemeinen Kosten in den Selbstkosten. Wenn es nötig scheint, einen neuen Hochofen zu eröffnen, um einer verstärkten Nachfrage nachzukommen, werden beträchtliche Ausgaben geleistet, die gleich bleiben, egal, ob später die volle Kapazität des Hochofens genutzt wird oder ob er mit niedrigerer Kapazität genutzt wird, wenn die Nachfrage langfristig gesehen wieder abnimmt. In der Schwerindustrie sind nicht die direkten Herstellungskosten des Produkts ausschlaggebend, sondern die Gesamtheit der Betriebskosten, die immer ungefähr gleich bleiben, egal, wie hoch das Produktionsniveau liegt.

- Daraus ergibt sich Folgendes: Wenn ein Eisen verarbeitendes Unternehmen die Möglichkeit hat, seine Produktion durch die Eroberung eines neuen Auslandsmarktes zu steigern, kann sie für diesen neuen Markt besonders niedrige Preise festlegen, solange diese partiell den Selbstkostenpreis der zusätzlich hergestellten Einheiten decken, da die allgemeinen Kosten die gleichen wie für den nationalen Markt bleiben. Das unvermeidliche Ergebnis dieses Verhaltens war die in der Vorkriegszeit vorherrschende Dumpingpolitik: Die Eisen verarbeitenden Unternehmen akzeptierten äußerst niedrige Exportpreise, während sie auf dem nationalen Markt, der durch hohe Zollgebühren gesichert wurde, hohe Preise forderten. Damit behinderten sie die Entwicklung der Stahl nutzenden Industriezweige.

- Da sich der Kampf zwischen den unterschiedlichen Eisen- und Stahlindustrien auf den Auslandsmärkten schnell als Fehlschlag herausstellte, verständigten sich die Unternehmen der verschiedenen Länder darauf, sich jeweils den nationalen Markt vorzubehalten, sich die ausländischen Absatzmärkte aufzuteilen und ihre Produktion auf ein Niveau zu begrenzen, das ihnen einen maximalen Profit zusicherte.

Die für die Zwischenkriegszeit charakteristische Kartellpolitik erscheint also nicht als Zufall, sondern als normales und unvermeidbares Ergebnis der Funktionsweise der Eisen- und Stahlindustrie, solange diese sich einzig und allein vom Profitgeist und von den Interessen einer Minderheit leiten lässt.

Soweit also zu den Problemen, die sich dem Kohle- und Stahlbereich bereits in der Vergangenheit stellten, die sich ihm heute nach wie vor stellen und für die eine Lösung gefunden werden muss.